



- Beschluss -

<i>Einbringer</i>
Politik Erik von Malottki für BiA; Frau Dr. Mignon Schwenke für SoA, Herr Ibrahim Al Najjar für die OTV SWI/Südstadt

<i>Gremium</i>	<i>Sitzungsdatum</i>	<i>Ergebnis</i>
Ausschuss für Soziales, Jugend, Inklusion, Integration, Gleichstellung und Wohnen	25.05.2020	ungeändert abgestimmt
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen	08.06.2020	ungeändert abgestimmt
Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft	10.06.2020	ungeändert abgestimmt
Hauptausschuss	22.06.2020	auf TO der BS gesetzt
Bürgerschaft	02.07.2020	ungeändert beschlossen

Ausreichende Ausstattung von Schulsozialarbeit für die Greifswalder Schulen und verbesserte Ausstattung mit Jugendsozialarbeit und Straßensozialarbeit

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

- 1) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Schulamt, den Trägern der Jugend-, Straßen- und Schulsozialarbeit und den Schulen in Greifswald den Bedarf an zusätzlichen Stellen für die Jugend-, Straßen-, und Schulsozialarbeit zu ermitteln. Dieses kann in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale Beziehungen und Wissenschaft in gemeinsamen Netzwerkkonferenzen, unter Beteiligung des Landeskreises, umgesetzt werden.
- 2) Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anzahl und Kosten der notwendigen Stellen dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Universität, internationale

Beziehungen und Wissenschaft im Vorfeld der Haushaltsberatungen vorzulegen.

- 3) Das Land, der Kreis und die Hansestadt Greifswald sind in der Pflicht, Schul-, Jugend- und Straßensozialarbeit bedarfsgerecht auszustatten. Dafür ist es notwendig, ein Landesprogramm aufzulegen. Die Stadtverwaltung wird daher beauftragt, in den Gremien des Städte- und Gemeindetages dafür einzutreten, dass
- alle Schulen mit Schulsozialarbeiter*innen ausgestattet werden,
 - Schulen mit besonderen Herausforderungen zusätzlich ausgestattet werden,
 - unbefristete Arbeitsverträge und die tarifliche Entlohnung der Beschäftigten garantiert werden,
 - die Personalkosten für die Schulsozialarbeiter*innen vollständig durch das Land übernommen werden,
 - die Personalkosten für die Jugend- und Straßensozialarbeit von Land, Kreis und Hansestadt Greifswald gemeinsam getragen werden.

Beschlusskontrolle:
Bürgerschaft

31.08.2020

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
23	17	0

Egbert Liskow
Präsident der Bürgerschaft